

Frankfurter Allgemeine Zeitung Rhein-Main | 22.01.2019 00:00

Staat soll "Fake News" bekämpfen

Eine große Mehrheit der Deutschen wünscht sich, dass Behörden gegen absichtlich verbreitete Falschnachrichten vorgehen. Das geht aus einer repräsentativen Online-Umfrage hervor, die Forscher der TU Darmstadt durchgeführt haben. Demnach sprachen sich 81 Prozent der 1023 Teilnehmer dafür aus, dass der Staat schnell auf "Fake News" reagiert. 84 Prozent halten solche Desinformationen für gefährlich, weil sie die Meinung der Bevölkerung manipulieren könnten; 68 Prozent sehen darin ein Risiko für die Demokratie. 48 Prozent gaben an, in sozialen Netzwerken schon einmal auf Falschnachrichten gestoßen zu sein. "Fake News" gelöscht oder gemeldet hatten 23 Prozent der Befragten. Nur zwei Prozent gaben zu, Falschmeldungen verfasst oder verbreitet zu haben - ein Wert, der nach Ansicht von Studienleiter Christian Reuter zu niedrig sein könnte, weil etliche sich womöglich nicht trauten, dergleichen zuzugeben.

Besonders oft würden "Fake News" im rechtspopulistischen Milieu verbreitet, während linke oder liberale Umfrageteilnehmer eher kritisch mit Fakten umgingen. "Die Ergebnisse bekräftigen die These, dass jüngere und relativ gebildete Menschen besser über Falschnachrichten informiert sind", so Reuter. Die Studie wurde vom hessischen Wissenschaftsministerium, dem Bundesforschungsministerium und der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

ZOS.